

Die Wirtschaftsforschungsinstitute zeichnen in ihrem jüngst vorgelegten Herbstgutachten für Deutschland kein allzu rosiges Bild. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandierte das ganze Jahr 2002 über nur verhalten, und die Lage am Arbeitsmarkt hat sich kontinuierlich verschlechtert. Die im Frühjahr allenthalben gehegte Erwartung, dass sich in der zweiten Jahreshälfte ein Aufschwung herausbilden würde, hat sich nicht erfüllt. Ausschlaggebend dafür waren mehrere Faktoren: Die drastischen Kurseinbrüche an den internationalen Aktienmärkten und die damit verbundenen Vermögensverluste, die spürbare Verlangsamung der konjunkturellen Expansion in den USA, die deutliche Aufwertung des Euro und - last, but not least - die Furcht vor einem Krieg mit dem Irak, die den Ölpreis kräftig anziehen ließ. Von alledem gingen erhebliche retardierende Einflüsse aus, die die expansive Geldpolitik nicht zum Tragen kommen ließen.

Angesichts der derzeit herrschenden großen Unsicherheit wird die konjunkturelle Grundtendenz vorerst schwach bleiben; das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr nur um 0,4% zunehmen. Eine Erholung ist erst im Laufe des nächsten Jahres zu erwarten. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass es im Irak-Konflikt zu einer Entspannung kommt und dass sich die Aktienkurse etwa auf dem derzeitigen Niveau stabilisieren. Das Expansionstempo wird aber auch 2003 sehr verhalten sein, vor allem wegen beträchtlicher dämpfender Einflüsse von Seiten der Finanzpolitik. So sind in den Koalitionsverhandlungen neben den bereits zuvor beschlossenen steuerlichen Maßnahmen weitere Abgabenerhöhungen und Ausgabenkürzungen vereinbart worden, die nicht zuletzt den privaten



Eckhardt Wohlers

## Finanzpolitik belastet Konjunktur

Verbrauch treffen. Unter diesen Bedingungen dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im nächsten Jahr lediglich um 1,4% zunehmen. Eine durchgreifende Besserung am Arbeitsmarkt ist dabei nicht zu erwarten; die Zahl der Arbeitslosen wird im Durchschnitt des Jahres 2003 mit 4,1 Millionen sogar noch etwas höher sein als in diesem Jahr.

Ein wenig erfreuliches Bild bietet bei alledem die Finanzpolitik. Das Budgetdefizit des Staates wird in diesem Jahr - auch als Folge von Versäumnissen in der Vergangenheit - die im Maastricht-Vertrag vorgesehene Obergrenze von 3% des Bruttoinlandsproduktes überschreiten, so dass von Seiten der EU ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits droht. Deshalb wurde in den Koalitionsverhandlungen unter erheblichen Mühen ein Finanzpaket in einer Größenordnung von mehr als 10 Mrd. Euro zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geschnürt. Die vorgesehenen Maßnahmen dürften zwar dazu führen, dass das Defizit im Staatshaushalt im Jahre 2003 deutlich sinkt. Grund zur Euphorie bieten die Koalitionsvereinbarungen gleichwohl nicht. Vertrauensbildend wirken sie kaum.

Denn wieder einmal hat sich die Regierung nicht zu einem konsequenten Sparen durchringen können; die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte soll zum größeren Teil über Einnahmeverbesserungen erfolgen. Unter Konjunktur- und Wachstumsaspekten ist dies kontraproduktiv. Zwar ist der Abbau von Steuervergünstigungen durchaus sinnvoll. Die damit gewonnenen Mittel sollten aber zur Senkung der Steuersätze und nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden.

Beim Abbau der Arbeitslosigkeit setzt die Bundesregierung große Hoffnungen auf die Vorschläge der Hartz-Kommission. Diese sind sicherlich geeignet, über eine Verbesserung der Vermittlungstätigkeit einen Beitrag zur Verringerung der Dauer der Arbeitslosigkeit zu leisten. Die Hoffnung der Kommission, damit „in den nächsten drei Jahren zwei Millionen Arbeitslose in Lohn und Brot zu bringen“, scheint jedoch illusorisch. Denn die Probleme des deutschen Arbeitsmarktes resultieren nicht primär aus einer ineffizienten Arbeitsvermittlung, sondern aus einer zu geringen Wachstumsdynamik und wenig beschäftigungsfreundlichen Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt. Dazu bietet die Hartz-Kommission kaum Lösungsansätze. Ihre Vorschläge bergen die Gefahr, dass Arbeitslosigkeit lediglich verschleiert wird, etwa durch „Verstecken“ von Arbeitslosen in den Personal-Service-Agenturen. Auch sind die sicherlich nicht unerheblichen Kosten etwa für Lohnsubventionen derzeit noch nicht abzuschätzen. Die Regierung hofft wohl, sie durch eine rasche und deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Kosten aufzufangen. Ohne eine ursachengerechte Therapie wird eine durchgreifende Besserung am Arbeitsmarkt aber nicht gelingen.